

Verordnung

der Bundesregierung

Erste Verordnung

zur Änderung der Anlagen A und B

zum Abkommen vom 21. November 2000

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Republik Polen

über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken

in der Bundesrepublik Deutschland

im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,

in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen

außerhalb des Netzes der Landesstraßen

A. Problem und Ziel

Das am 21. November 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen, dem die gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2002 zugestimmt haben (BGBl. 2002 II S. 2331, 2333; 2003 II S. 549), enthält in seinen Anlagen Regelungen über die Zuständigkeit für die Bauausführung neuer (Anlage A) und für die Erhaltung bestehender (Anlage B) Grenzbrücken im Zuge des nachgeordneten Straßennetzes. Da seit Abschluss des Abkommens neue Brücken gebaut und bestehende stillgelegte Brücken wieder in Betrieb genommen worden sind, ist eine Aktualisierung der Anlagen A und B erforderlich.

B. Lösung

Neufassung der Anlagen A und B zum Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des

Netzes der Landesstraßen. Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens sieht vor, dass Änderungen der Anlagen im Wege des diplomatischen Notenwechsels durchgeführt werden. Diese Änderung ist mit Notenwechsel vom 20. April/10. Dezember 2010 vereinbart worden. Durch die Rechtsverordnung, zu deren Erlass die Bundesregierung gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 28. August 2002 ermächtigt worden ist, soll die Voraussetzung für das innerstaatliche Inkrafttreten der durch den Notenwechsel vereinbarten Änderungen des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Es werden keine Informationspflichten der Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

F. Weitere Kosten

Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

Verordnung

der Bundesregierung

**Erste Verordnung
zur Änderung der Anlagen A und B
zum Abkommen vom 21. November 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland
im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 8. März 2012

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Erste Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B des Abkommens vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Dr. Angela Merkel

**Erste Verordnung
zur Änderung der Anlagen A und B
zum Abkommen vom 21. November 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen**

Vom

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 28. August 2002 zu dem Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz (BGBl. 2002 II S. 2331) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die durch Notenwechsel vom 20. April/10. Dezember 2010 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Änderung der Anlagen A und B zum Abkommen vom 21. November 2000 über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen (BGBl. 2002 II S. 2331, 2333) wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.
- (3) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung nach ihrer Nummer 3 in Kraft tritt oder an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Begründung zur Verordnung

Zu Artikel 1

Artikel 1 setzt die sich durch den Notenwechsel ergebenden Änderungen der Anlagen A und B des Abkommens vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen in Kraft.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 3 des Gesetzes vom 28. August 2002 erforderlich.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten der Verordnung.

Absatz 2 regelt das Außerkrafttreten der Verordnung.

Nach Absatz 3 ist der jeweilige Zeitpunkt des Inkrafttretens der durch Notenwechsel geschlossenen Vereinbarung nach ihrer Nummer 3 und ihres Außerkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Die Verordnung hat keine Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen. Durch die Ergänzung der Anlagen A und B zum Abkommen werden die Länder und Kommunen in die Lage versetzt, Grenzbrücken im Zuge von öffentlichen Straßen, die in ihrer Baulast stehen, zu errichten, und erleichtert das Verwaltungshandeln vor Ort.

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Auswärtiges Amt

Berlin, 20. April 2010

Berlin, dnia 20.04.2010 roku

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. DPT 2266/11/2009/10/16080/25 vom 10.02.2010 des Außenministeriums der Republik Polen, adressiert an die Deutsche Botschaft in Warschau, Folgendes mitzuteilen:

Die Verbalnoten des Auswärtigen Amtes vom 29.05.2009, Geschäftszeichen: 407-451.00 POL, über die Neufassung der Anlagen A und B des Abkommens vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, im Folgenden „Abkommen“ genannt, werden hiermit in gehöriger Form zurückgezogen.

Das Auswärtige Amt beehrt sich des Weiteren, der Botschaft der Republik Polen unter Bezugnahme auf Artikel 25 Absatz 2 des vorgenannten Abkommens den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Neufassung der Anlagen A und B des Abkommens vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Anlage A des Abkommens wird wie folgt neu gefasst:

„Anlage A
zum Abkommen

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge
von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens.

Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Coschen und Seitwann (Żytowań) im Zuge der deutschen Kreisstraße K 6702 und der polnischen Kreisstraße 1154F,
 - b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) (Theaterinsel) im Zuge eines deutschen Gehweges und einer polnischen Gemeindestraße,
 - c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Zelz und Siedlec im Zuge eines deutschen Geh- und Radweges und einer polnischen Gemeindestraße,
 - d) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Ostritz (Kloster Marienthal) und Rusdorf (Posada) im Zuge eines deutschen Geh- und Radweges und der polnischen Kreisstraße 2368D.

Nota verbalna

Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych przesyła wyrazy szacunku Ambasadzie Rzeczypospolitej Polskiej i w nawiązaniu do noty Ministerstwa Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej nr DPT 2266/11/2009/10/16080/25 z dnia 10.02.2010 roku, zaadresowanej do Ambasady Niemiec w Warszawie, ma zaszczyt poinformować, co następuje:

Noty Federalnego Ministerstwa Spraw Zagranicznych z dnia 29.05.2009 roku, sygnatura akt: 407-451.00 POL, o sporządzeniu nowej wersji załączników A i B do Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych z dnia 21 listopada 2000 roku, zwanej dalej „Umową“, zostają wycofane w należytej formie.

Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych w nawiązaniu do artykułu 25 ustęp 2 wyżej wymienionej Umowy poza tym ma zaszczyt zaproponować Ambasadzie Rzeczypospolitej Polskiej zawarcie Porozumienia między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o sporządzeniu nowej wersji załączników A i B do Umowy, w następującym brzmieniu:

1. Załącznik A do Umowy otrzymuje następujące nowe brzmienie:

„Załącznik A
do Umowy

między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w Republice Federalnej Niemiec
zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg
federalnych,
w Rzeczypospolitej Polskiej
w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy.

Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Coschen a Żytowań w ciągu niemieckiej drogi powiatowej K 6702 i polskiej drogi powiatowej nr 1154F,
 - b) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Guben a Gubin (Wyspa Teatralna) w ciągu niemieckiej drogi dla pieszych i polskiej drogi gminnej,
 - c) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Zelz a Siedlec w ciągu niemieckiej drogi pieszo-rowerowej i polskiej drogi gminnej,
 - d) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Ostritz (Kloster Marienthal) a Posada w ciągu niemieckiej drogi pieszo-rowerowej i polskiej drogi powiatowej nr 2368D.

2. Der polnischen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:
- a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Krauschwitz und Lagnitz (Łęknica) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 127 und der polnischen Landesstraße 12,
 - b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Deschka und Penzig (Pieńsk) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 127d und der polnischen Wojewodschaftsstraße 353,
 - c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Zittau und Klein-Schönau (Sieniawka) im Zuge der deutschen Bundesstraße B 178 und der polnischen Wojewodschaftsstraße 354.“
2. Anlage B des Abkommens wird wie folgt neu gefasst:

„Anlage B
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge
von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens.

Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:
- a) Grenzbrücke über den Torfkanal zwischen Garz und Swinemünde (Świnoujście) im Zuge der deutschen Bundesstraße B 110 und der polnischen Landesstraße 93,
 - b) Grenzbrücke über die Oder zwischen Hohenwutzen und Niederwutzen (Osinów Dolny) im Zuge der deutschen Bundesstraße B 158a und der polnischen Wojewodschaftsstraße 124,
 - c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Podrosche und Priebus (Przewóz) im Zuge der deutschen Kreisstraße K 8410 und der polnischen Landesstraße 27,
 - d) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Görlitz (Altstadtbrücke) und Görlitz (Zgorzelec) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße und einer polnischen Gemeindestraße,
 - e) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Hagenwerder und Radmeritz (Radomierzyce) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 128 und der polnischen Wojewodschaftsstraße 357.
2. Der polnischen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:
- a) Grenzbrücke über die Oder zwischen Mescherin und Greifenhagen (Gryfino) im Zuge der deutschen Bundesstraße B 113 und der polnischen Wojewodschaftsstraße 120,
 - b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) (Theaterinsel) im Zuge eines deutschen Gehweges und einer polnischen Gemeindestraße,

2. Strona polska ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
- a) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Krauschwitz a Łęknica w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 127 i polskiej drogi krajowej nr 12,
 - b) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Deschka a Pieńsk w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 127d i polskiej drogi wojewódzkiej nr 353,
 - c) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Zittau a Sieniawka w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 178 i polskiej drogi wojewódzkiej nr 354.“
2. Załącznik B do Umowy otrzymuje następujące nowe brzmienie:

„Załącznik B
do Umowy
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w Republice Federalnej Niemiec
zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg
federalnych,
w Rzeczypospolitej Polskiej
w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy.

Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
- a) graniczny obiekt mostowy na cieku Kanał Torfowy pomiędzy miejscowościami Garz a Świnoujście w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 110 i polskiej drogi krajowej nr 93,
 - b) graniczny obiekt mostowy przez Odrę pomiędzy miejscowościami Hohenwutzen a Osinów Dolny w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 158a i polskiej drogi wojewódzkiej nr 124,
 - c) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Podrosche a Przewóz w ciągu niemieckiej drogi powiatowej K 8410 i polskiej drogi krajowej nr 27,
 - d) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Görlitz (Altstadtbrücke) a Zgorzelec (Most Staromiejski) w ciągu niemieckiej drogi gminnej i polskiej drogi gminnej,
 - e) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Hagenwerder a Radomierzyce w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 128 i polskiej drogi wojewódzkiej nr 357.
2. Strona polska ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
- a) graniczny obiekt mostowy przez Odrę pomiędzy miejscowościami Mescherin a Gryfino w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 113 i polskiej drogi wojewódzkiej nr 120,
 - b) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Guben a Gubin (Wyspa Teatralna) w ciągu niemieckiej drogi dla pieszych i polskiej drogi gminnej,

- c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße und der polnischen Wojewodschaftsstraße 138,
 - d) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Forst und Skaren (Zasieki) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße und der polnischen Wojewodschaftsstraße 289,
 - e) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Bad Muskau und Lugnitz (Łęknica) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 127a und der polnischen Landesstraße 12,
 - f) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Deschka und Penzig (Pieńsk) im Zuge eines deutschen Geh- und Radweges und der polnischen Gemeindestraße 103821D,
 - g) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Görlitz und Görlitz (Zgorzelec) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 125 und der polnischen Wojewodschaftsstraße 317,
 - h) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Ostritz und Grunau (Krzewina Zgorzelecka) im Zuge der deutschen Kreisstraße K 8616 (z. Z. Gehweg) und der polnischen Kreisstraße 2370D,
 - i) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Zittau (Chopinstraße) und Kleinschönau (Sieniawka) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 146 und der polnischen Wojewodschaftsstraße 354,
 - j) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Zittau (Friedensstraße) und Poritsch (Porajów) im Zuge der deutschen Staatsstraße S 132a und der polnischen Kreisstraße 1026D.“
3. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Polen mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.
4. Diese Vereinbarung wird vom Tag ihres Abschlusses an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet. Soweit sich die Vereinbarung auf die Grenzbrücke über die Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) (Theaterinsel) im Zuge eines deutschen Gehweges und einer polnischen Gemeindestraße bezieht, wird die Vereinbarung rückwirkend ab dem 22. Mai 2007 vorläufig angewendet.

Das Auswärtige Amt schlägt vor, dass, falls die Regierung der Republik Polen dem zustimmt, diese Verbalnote und die Antwortnote darauf eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen bilden, die mit dem Datum der Verbalnote, mit der das Auswärtige Amt den Eingang der Antwortnote bestätigt, abgeschlossen ist. Diese Vereinbarung ist dabei in ihrem deutschen und polnischen Wortlaut gleichermaßen verbindlich.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Republik Polen erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der Republik Polen
Lassenstraße 39
14193 Berlin

- c) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Guben a Gubin w ciągu niemieckiej drogi gminnej i polskiej drogi wojewódzkiej nr 138,
 - d) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Forst a Zasieki w ciągu niemieckiej drogi gminnej i polskiej drogi wojewódzkiej nr 289,
 - e) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Bad Muskau a Łęknica w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 127a i polskiej drogi krajowej nr 12,
 - f) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Deschka a Pieńsk w ciągu niemieckiej drogi pieszo-rowerowej i polskiej drogi gminnej nr 103821D,
 - g) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Görlitz a Zgorzelec w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 125 i polskiej drogi wojewódzkiej nr 317,
 - h) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Ostritz a Krzewina Zgorzelecka w ciągu niemieckiej drogi powiatowej K 8616 (obecnie droga dla pieszych) i polskiej drogi powiatowej nr 2370D,
 - i) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Zittau (Chopinstraße) a Sieniawka w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 146 i polskiej drogi wojewódzkiej nr 354,
 - j) graniczny obiekt mostowy przez Nysę pomiędzy miejscowościami Zittau (Friedensstraße) a Porajów w ciągu niemieckiej drogi państwowej S 132a i polskiej drogi powiatowej nr 1026D.“
3. Porozumienie niniejsze wchodzi w życie w dniu, w którym Rząd Republiki Federalnej Niemiec poinformował Rząd Rzeczypospolitej Polskiej o spełnieniu wewnętrzpaństwowych wymogów niezbędnych dla jego wejścia w życie. Decyduje dzień otrzymania informacji.
4. Porozumienie niniejsze poczynawszy od dnia jego zawarcia będzie stosowane tymczasowo zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego każdej strony. W zakresie, w jakim Porozumienie dotyczy granicznego obiektu mostowego przez Nysę pomiędzy miejscowościami Guben a Gubin (Wyspa Teatralna) w ciągu niemieckiej drogi dla pieszych i polskiej drogi gminnej, będzie ono stosowane tymczasowo z mocą wsteczną od dnia 22 maja 2007 roku.

Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych proponuje, aby w przypadku wyrażenia zgody przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej na powyższe, niniejsza nota oraz odpowiedź na nią stanowiły Porozumienie między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej, które wejdzie w życie z datą noty, którą Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych potwierdzi otrzymanie noty stanowiącej odpowiedź. Niniejsze Porozumienie w języku niemieckim i polskim posiada jednakową moc obowiązującą.

Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych korzysta z okazji, aby ponowić Ambasadzie Rzeczypospolitej Polskiej wyrazy wysokiego poważania.

Ambasada
Rzeczypospolitej Polskiej
w Berlinie

Berlin, den 10. Dezember 2010

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich, dem Auswärtigen Amt den Eingang der Verbalnote Nr. 407-451.00 POL vom 20. April 2010 folgenden Inhalts zu bestätigen:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich mitzuteilen, dass die Regierung der Republik Polen dem zustimmt und den Vorschlag des Auswärtigen Amts annimmt, dass die oben genannte Note und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Neufassung der Anlagen A und B zu dem am 21. November 2000 in Frankfurt an der Oder gefertigten Abkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen bilden, die mit dem Datum der Note in Kraft tritt, mit der das Auswärtige Amt den Eingang der Antwortnote bestätigt. Diese Vereinbarung ist dabei in ihrem deutschen und polnischen Wortlaut gleichermaßen verbindlich.

Die Botschaft der Republik Polen benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Berlin, dnia 10 grudnia 2010 roku

Nota verbalna

Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej przesyła wyrazy szacunku Federalnemu Ministerstwu Spraw Zagranicznych i ma zaszczyt potwierdzić otrzymanie noty werbalnej nr 407-451.00 POL z dnia 20 kwietnia 2010 r. o następującej treści:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej ma zaszczyt zakomunikować, że Rząd Rzeczypospolitej Polskiej wyraża zgodę na powyższe i przyjmuje propozycję Federalnego Ministerstwa Spraw Zagranicznych, aby przytoczona wyżej nota i niniejsza odpowiedź na nią stanowiły Porozumienie między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o sporządzeniu nowej wersji załączników A i B do Umowy między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Rzeczypospolitej Polskiej zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, w Republice Federalnej Niemiec w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, sporządzonej we Frankfurcie nad Odrą dnia 21 listopada 2000 roku, które wejdzie w życie z datą noty, którą Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych potwierdzi otrzymanie noty stanowiącej odpowiedź. Niniejsze Porozumienie w języku niemieckim i polskim posiada jednakową moc obowiązującą.

Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej korzysta z okazji, aby ponowić Federalnemu Ministerstwu Spraw Zagranicznych wyrazy swojego najwyższego poważania.

Do
Ministerstwa Spraw Zagranicznych
Republiki Federalnej Niemiec
Berlin

Denkschrift

1. Allgemeines

Das Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen (BGBl. 2002 II S. 2331, 2333; 2003 II S. 549) regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im Zuge des nachgeordneten Straßennetzes. Dazu gehören auf deutscher Seite die Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, auf polnischer Seite die Woiwodschafts-, Kreis- und Gemeindestraßen. Integraler Bestandteil des Abkommens sind die Anlage A, welche die zum Bau vorgesehenen Grenzbrücken beinhaltet, und die Anlage B über die Erhaltung bestehender Grenzbrücken.

Nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens werden Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zum Abkommen im Wege des Notenwechsels durchgeführt. Ein solcher Notenaustausch ist durch die den Eingang der polnischen Antwortnote vom 10. Dezember 2010 bestätigende Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland vom 24. März 2011 (siehe Anlage zur Denkschrift) abgeschlossen worden.

2. Besonderer Teil

Die durch den Notenwechsel vereinbarte Änderung bezieht sich auf beide Anlagen des Abkommens. Dabei wurden aus der Anlage A einige Grenzbrücken gestrichen, die mittlerweile fertiggestellt sind, und in die Anlage B überführt. Gleichzeitig wurden geplante neue Brücken in die Anlage A aufgenommen. Die Anlage B wurde darüber hinaus erheblich erweitert.

Anlage zur Denkschrift

Auswärtiges Amt

Berlin, 24. März 2011

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen den Eingang der Verbalnote Nr. AB 2245/6/2010 vom 28.01.2011, mit welcher der Inhalt der Verbalnote Nr. 407-451.00 POL vom 20.04.2010 angenommen wurde, zu bestätigen.

Die beiden vorgenannten Verbalnoten bilden somit eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen, die mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Republik Polen erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft
der Republik Polen
Lassenstraße 39
14193 Berlin